

Die Trump-Regierung hat das Völkerrecht mit Füßen getreten und auf das Faustrecht des Wilden Westens zurückgegriffen.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 065/18 – 18.05.18

Wie die USA die Vereinten Nationen praktisch entmachtet haben

Von Eric Zuesse

SRATEGIC CULTURE FOUNDATION, 17.04.18

(<https://www.strategic-culture.org/news/2018/04/17/how-us-has-virtually-destroyed-un-.html>)

Unter dem Präsidenten Donald Trump haben die USA die Vereinten Nationen ihrer einzigen realen Möglichkeit beraubt, Einfluss auf internationale Entwicklungen zu nehmen.

Die nach dem Strafrecht zu verfolgenden individuellen Straftatbestände Mord, Vergewaltigung und Raub werden im Völkerrecht unter dem Straftatbestand "Ungerechtfertigter Angriffskrieg" zusammengefasst, der immer dann vorliegt, wenn Angriffshandlungen nicht zur Selbstverteidigung eines Staates nach einem vorausgegangenem Angriff eines anderen Staates erfolgen (Art. 42 und Art. 51 der UN-Charta, s. <https://www.unric.org/html/german/pdf/charta.pdf>). Die US-Regierung hat Syrien ohne Befassung des UN-Sicherheitsrates angegriffen und damit den Vereinten Nationen die Entscheidung über Krieg und Frieden entzogen. Wenn der Regierung eines einzelnen Staates die Befugnis zur strafrechtlichen Verfolgung von Mord, Vergewaltigung und Raub genommen würde, hätte das ähnliche Folgen. Eine "Regierung" ohne diese Befugnis könnte (die ihr übertragene Staatsgewalt nicht mehr ausüben, also) nicht mehr regieren. Die Entmachtung der Vereinten Nationen ist aber noch viel tragischer, weil sie den Dritten Weltkrieg jetzt nicht mehr aufhalten können – in einer Welt, in der nur noch das Faustrecht des Wilden Westens gilt.

Die Trump-Regierung versucht nicht einmal mehr den Eindruck zu erwecken, sie lege Wert darauf, ihre Angriffe von den Vereinten Nationen autorisieren zu lassen. Im Jahr 2003 hat die US-Regierung noch so getan, als sei ihr das wichtig. Die heutigen US-Regierungen setzen sich einfach über die Vereinten Nationen (und das Völkerrecht) hinweg, wenn ihnen der Sicherheitsrat die Zustimmung zu einem Überfall auf ein Land verweigern könnte.

Ende 2002 und Anfang 2003 hat sich der US-Präsident George W. Bush noch um die Zustimmung des UN-Sicherheitsrates zur einer Invasion des Iraks bemüht; als er sie nicht bekam, hat er den Irak trotzdem überfallen, wurde dabei aber nur von Großbritannien, Australien und Polen unterstützt.

Auf einer Pressekonferenz, die am 6. März 2003 – nur 14 Tage vor dem von ihm durchgesetzten Abzug der UN-Waffeninspektoren und dem am 20. März beginnenden Angriff auf den Irak – stattfand, beantwortete er Fragen einer Journalistin und eines Journalisten:

Elizabeth.

Frage: Danke, Herr Präsident. Sie haben angekündigt, den UN-Sicherheitsrat nächste Woche in einer Resolution um seine Zustimmung zu einem Angriff auf den Irak ersuchen zu wollen. Werden Sie auch dann auf einer Abstimmung über diese Resolution bestehen,

wenn Sie nicht sicher sein können, dass sie tatsächlich eine Mehrheit für einen Angriff bekommen?

Der Präsident: Damit rechne ich nicht – weil die (neue) Resolution Bezug auf die bereits beschlossene Resolution 1441 (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Resolution_1441_des_UN-Sicherheitsrates) nimmt, die der Irak noch nicht erfüllt hat. Ich glaube nicht, dass jemand gegen die Forderung ist, der Irak solle auf seine Massenvernichtungswaffen verzichten, wie das schon in der Resolution 1441 gefordert wurde. Ja, die neue Resolution (die einen Angriff auf den Irak zulassen würde) wird zur Abstimmung gestellt.

Frage: Egal, wie die ausgeht?

Der Präsident: Wir werden auf jeden Fall über die Resolution abstimmen lassen. Wir wollen, dass die anderen (Mitglieder des UN-Sicherheitsrates) Stellung zu Saddam Hussein und den Aufgaben des UN-Sicherheitsrates beziehen. Es ist Zeit, dass alle ihre Karten offenlegen, damit zu erkennen ist, wie sie zu Saddam stehen.

Mark Knoller.

Frage: Herr Präsident, befürchten Sie, dass den USA vorgeworfen werden könnte, die Vereinten Nationen zu missachten, wenn Sie ohne ausdrückliche Zustimmung des UN-Sicherheitsrates eine Militäraktion (gegen den Irak) anordnen?

Der Präsident: Nein, das befürchte ich nicht. Niemand kann den USA vorwerfen, dass wir die Vereinten Nationen übergehen würden; ich selbst habe doch am 12. September 2002 das Irak-Problem in den UN-Sicherheitsrat eingebracht, und wir haben uns seither an der Diskussion darüber beteiligt.

Der auf Bush folgende Präsident (Obama) hat den Vereinten Nationen nicht mehr so viel Respekt erwiesen, und der gegenwärtige Präsident Donald Trump hält die Vereinten Nationen offensichtlich für so wenig relevant, dass er den UN-Sicherheitsrat noch nicht einmal mehr um Billigung seiner Angriffe ersucht.

Die US-Regierung hat aus der Invasion des Iraks nicht die Lehre gezogen, dass sie niemals wieder lügen und Beweise fälschen sollte, wenn sie ein anderes Land überfallen will; vielmehr glaubt sie, den UN-Sicherheitsrat einfach ignorieren zu können, wenn sie mit ihren vorgelegten "Beweisen" andere Regierungen nicht davon überzeugen kann, dass ihr Überfall nur ein Akt der Selbstverteidigung und kein (völkerrechtswidriger) Angriffskrieg ist.

Der UN-Sicherheitsrat hat es leider versäumt, eine Resolution zu beschließen, die seine wichtigste hätte werden können: Am 10. April 2018 hat er die USA und ihre Verbündeten (Großbritannien und Frankreich) leider nicht aufgefordert, Beweise für ihre Behauptung vorzulegen, die syrische Regierung habe am 7. April in Duma einen Giftgasangriff auf die eigene Bevölkerung durchgeführt; damit hätte er vielleicht verhindern können, dass sich die USA und ihre Verbündeten ohne jede rechtliche Grundlage, nur aufgrund unbewiesener Verdächtigungen eine aus schweren Luftangriffen bestehende "Strafaktion" gegen Syrien angemaßt haben. Der UN-Sicherheitsrat wurde noch nicht einmal darum ersucht, die Luftangriffe zu autorisieren, es ging nur darum, ob der behauptete Gasangriff unabhängig überprüft werden müsse, bevor eine Strafaktion gebilligt und gestartet werden könnte; aber auch dafür fand sich keine Mehrheit. Im Unterschied zu dem Überfall auf den Irak im Jahr 2003 haben die USA 2018 noch nicht einmal versucht, eine Genehmigung des UN-Sicherheitsrates für ihren Überfall auf Syrien zu erhalten; alle völkerrechtlichen Vorschriften ignorierend, haben sie Syrien einfach angegriffen und sogar bestritten, dass Beweise für den angeblichen Giftgasangriff hätten vorgelegt werden müssen.

Damit wurden die Vereinten Nationen zu einem reinen Diskussionsforum degradiert – einem Forum, das von den Regierungen einzelner Staaten nur noch zur Verbreitung ihrer Propaganda in der ganzen Welt genutzt, in dem aber nicht mehr über strittige Fragen verhandelt wird. Da die Vereinten Nationen nicht über eigene Truppen verfügen, kann die US-Regierung das US-Militär jetzt überall hinschicken, wo US-Rüstungsfirmen wie General Dynamics sie haben wollen. "Zum Teufel mit den Vereinten Nationen!" Wer die US-Regierung zum Bündnispartner haben will, muss nur Waffen bei der US-Rüstungsindustrie kaufen. Es geht also immer nur um Transaktionen der US-Rüstungsindustrie, nicht um die Interessen der Bevölkerung angegriffener Staaten, sondern nur um Profite für die US-Rüstungsindustrie. Man könnte "Rüstungsindustrie" auch durch "Wall Street" ersetzen, denn dort werden die Aktien der US-Rüstungsunternehmen und der mit ihnen verbundenen Dienstleistungsunternehmen gehandelt. Die im Rüstungsgeschäft gemachten Gewinne landen also letztlich bei der Geldaristokratie.

Bei seinem Amtsantritt hat Präsident Trump die Wiedergeburt der Produktion ziviler Güter für den US-Binnenmarkt versprochen, bis jetzt hat er aber nur der US-Rüstungsindustrie einen riesigen Boom beschert – mit dem vermutlich größten Waffengeschäft der Weltgeschichte. Am 21. Mai 2017 habe ich einen Artikel mit der Überschrift "US \$350 Billion Arms-Sale to Saudis Cements US-Jihadist Alliance" (Die USA verkaufen Saudi-Arabien Waffen für 350 Milliarden Dollar und festigen damit die Allianz mit den Dschihadisten, s. <http://washingtonsblog.com/2017/05/u-s-350-billion-arms-sale-sauds-cements-u-s-jihadist-alliance-2.html>) veröffentlicht; darin habe ich berichtet, dass Präsident Donald Trump am Tag vorher mit einem auf zehn Jahre angelegten Vertrag einen rekordverdächtigen Waffenverkauf im Wert von 350 Milliarden Dollar mit der saudischen Königsfamilie abgeschlossen hat. "Damit hat er nicht nur das saudische Königshaus zum größten ausländischen Käufer von US-Waffen gemacht und dessen Position in der Welt gestärkt, sondern auch ein enges Band zwischen dem saudischen und dem US-amerikanischen Geldadel geknüpft, weil beide Seiten in den kommenden Jahren einander gefällig sein müssen. Und ihre gegenseitige Abhängigkeit wird mit jedem Jahr wachsen." Das hat sich unglücklicherweise als zutreffend herausgestellt, denn die US-Streitkräfte sind nicht nur im Jemen, sondern auch in Syrien zu Wasserträgern der Saudis geworden, aber auch die US-Seite geht nicht leer aus.

Am 21. März 2018 hat CNBC (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/CNBC>) getönt: "Trump wants Saudi Arabia to buy more American-made weapons. Here are the ones the Saudis want" (Trump will Saudi-Arabien noch mehr US-Waffen verkaufen. Das ist die Wunschliste der Saudis, s. <https://www.cnbc.com/2018/03/20/saudi-arabia-wants-to-buy-these-american-made-weapons.html>); Trump habe gerade mit dem saudi-arabischen Kronprinzen Mohammed bin Salman al-Saud eine Aufstockung des Waffenlieferungsvertrages von 350 auf 400 Milliarden Dollar ausgehandelt. CNBC hat versucht, der Öffentlichkeit die Waffenverkäufe an die Saudis als "hohe Investitionen in die US-Rüstungsindustrie" zu verkaufen. Davon profitieren aber vor allem der saudische und der US-amerikanische Geldadel, weil beide vereint nun in der Lage sind, jedem Staat (im Nahen und Mittleren Osten) ihren Willen aufzuzwingen und "Regimewechsel" herbeizuführen, damit die destabilisierten Staaten nicht mehr vom einheimischen Geldadel, sondern vom Geldadel der USA und Saudi-Arabiens kontrolliert werden können. Die US-Regierung hat wegen der angeblichen russischen Einmischung in die US-Demokratie Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt. Dabei mischen sich doch unsere israelischen Verbündeten und nun auch noch die Saudis ständig in die Politik der USA ein. CNBC hat berichtet: "Nach den Gesprächen (mit dem saudischen Kronprinzen) hat Trump im Oval Office stolz verkündet, durch die Waffenverkäufe an Saudi-Arabien würden in den USA 40.000 neue Jobs entstehen. Diese Behauptung hat er durch Vorzeigen mehrerer Tabellen und Diagramme zu belegen versucht. Der Kronprinz hat ergänzend hinzugefügt, sein Land habe zunächst nur 200 Milliarden

Dollar in den USA investieren wollen, plane jetzt aber, in 10 Jahren insgesamt 400 Milliarden auszugeben. Auch das war eine irreführende Behauptung, was die genannten Summen angeht. Der *Indian Express* hat am 18. Mai 2017 unter der Überschrift "Saudi Arabia to invest \$200 billion in US, purchase arms worth \$300 billion" (Saudi-Arabien will 200 Milliarden Dollar in den USA investieren und für 300 Milliarden Dollar US-Waffen kaufen, s. unter <http://indianexpress.com/article/world/saudi-arabia-to-invest-200-billion-in-us-purchase-arms-worth-300-billion-4662088/>) andere Zahlen genannt: "Nach Angaben eines höheren Regierungsvertreters hat Saudi-Arabien vor Präsident Donald Trumps erster Auslandsreise angekündigt, dass es nicht nur 200 Milliarden Dollar in den USA investieren, sondern auch US-Waffen im Wert von 300 Milliarden Dollar kaufen werde." Auch der *Indian Express* ist auf die propagandistische Übertreibung der Saudis hereingefallen, denn nur zwei Tage später, am 20. Mai 2017, hat sich herausgestellt, dass nur die ursprünglich für Waffenkäufe vorgesehenen 350 Milliarden Dollar auf 400 Milliarden Dollar erhöht wurden und nach einem CNBC-Bericht für Waffenkäufe bei den US-Rüstungsfirmen Lockheed Martin, Boeing, General Dynamics, Honeywell und Raytheon ausgegeben werden sollen. In seinem Wahlkampf hatte Trump noch versprochen, dass er keinesfalls zum Verkäufer für die US-Waffenindustrie werden wolle. Aber so ist er nun mal, und seine faschistoide Politik ist "Sozialismus für die Reichen", während für alle andern die Maxime gilt: "Nur die Fittesten werden überleben." Trump ist sicher kein Anwalt der Armen. Seine faschistoiden Kumpane nennen ihn einen "Populisten", um die Bevölkerung zu täuschen, weil sie wiedergewählt werden wollen.

Wenn die USA noch mehr Waffen produzieren, können damit noch mehr Tote und noch mehr Zerstörung "produziert" werden – für Wirtschaftswissenschaftler geht es dabei ja nur um "Produktionssteigerung" und die "Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts", völlig unabhängig davon, wie viel Elend damit in die Welt gebracht wird. Die Wirtschaftswissenschaft ist Teil des Betruges, der all das ermöglicht und die Menschen korrumpiert. Die Wirtschaftswissenschaft liefert den Propaganda-Agenturen und den Mainstream-Medien die Argumente, mit denen die Öffentlichkeit (über die Folgen gesteigerter Waffenproduktion) getäuscht wird. Die meisten US-Bürger kaufen ihnen diesen "Haufen Scheiße" ab, weil sie nichts wissen, auch nichts wissen wollen und sich mit Mythen abspeisen lassen.

Bisher war der Al-Yamamah-Deal (s. dazu auch https://en.wikipedia.org/wiki/Al-Yamamah_arms_deal) zwischen dem Geldadel Großbritanniens und dem Geldadel Saudi-Arabiens "das größte Waffengeschäft der Geschichte", von dem vor allem der britische Luftfahrtkonzern BAE (s. https://de.wikipedia.org/wiki/British_Aerospace) profitierte. Bei einer von der britischen Regierung eingeleiteten Untersuchung kam zwar ein übler Korruptionskandal ans Licht, weil aber der saudische Prinz Bandar bin Sultan al-Saud den britischen Premierminister Tony Blair unter Druck setzte, musste die Untersuchung vorzeitig eingestellt werden. Trotzdem behaupten Großbritannien und die USA, "Demokratien" zu sein, und die Regierungen beider Staaten werfen Russland "Einmischung in ihre Demokratie" vor.

Leser, die im Internet nach diesem Artikel mit der Überschrift "How US Has Virtually Destroyed UN" (Wie die USA die Vereinten Nationen praktisch entmachtet haben) suchen und feststellen, dass er von keinem Mainstream-Medium und nur von wenigen alternativen Websites erwähnt wird, hängt das nicht daran, dass er ihnen nicht angeboten worden wäre – was ich routinemäßig tue – sondern daran, dass sie ihn routinemäßig "übersehen" haben. Der Grund dafür ist, dass die wichtigsten Wahrheiten in den USA und in allen mit ihnen verbündeten Staaten unterdrückt werden, weil wir in einer von Lügen beherrschten Welt leben. Obwohl die US-Regierung schon bei der Invasion und Zerstörung des Iraks das Völkerrecht gebrochen und sich nie dafür entschuldigt hat, haben die Vereinten Nationen sie nie dafür verantwortlich gemacht.

Auch deshalb konnte die US-Regierung den UN-Sicherheitsrat, der bisher wenigstens noch ein Diskussionsforum war, zum reinen Propagandaforum degradieren.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Einige Infos über den Autor und Historiker Eric Zuesse sind nachzulesen unter https://wikispooks.com/wiki/Eric_Zuesse . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



How US Has Virtually Destroyed UN

Eric ZUESSE | 17.04.2018

Under President Donald Trump, the US has basically eliminated the only real international authority the UN used to have. Here is how this was done:

The equivalent, in international law, to a domestic-law crime involving murder, rape, and theft, is an international invasion that's purely for aggressive purposes and not at all authentically a defensive act against an authentic foreign threat that was coming from the invaded foreign country. Consequently, for the US Government now to have removed the UN from any authority over international invasions, is, in domestic-law equivalency, like removing a national government from authority regarding murders, rapes, and thefts, which occur inside that nation. Such a 'government' is no government at all. But, tragically, this is what has happened; and, so, we are now careening into World War III, in this international "Wild West" world, which we live in (and may soon die in, as things thus head into WW III).

The US Government no longer even nominally cares whether or not the UN authorizes its invasions; but, as recently as 2003, it used to, even if only nominally, care. The US has thus effectively discarded the UN altogether, whenever violating the UN is the only way to impose its will against a given target-country.

In late 2002 and early 2003, US President George W. Bush nominally expressed a desire for the UN to authorize an invasion of Iraq, but failed to receive that authorization and then did the invasion anyway, along with only UK, Australia, and Poland, joining the US-led gang, in this destruction of Iraq.

At a press conference on 6 March 2003, just 14 days before he ordered the UN weapons-inspectors to leave Iraq so that he could invade Iraq on March 20th (as he did), Bush said:

Elizabeth.

Q Thank you, Mr. President. As you said, the Security Council faces a vote next week on a resolution implicitly authorizing an attack on Iraq. Will you call for a vote on that resolution, even if you aren't sure you have the vote?

THE PRESIDENT: Well, first, I don't think -- it basically says that he's in defiance of 1441. That's what the resolution says. And it's hard to believe anybody is saying he isn't in defiance of 1441, because 1441 said he must disarm. And, yes, we'll call for a vote.

Q No matter what?

THE PRESIDENT: No matter what the whip count is, we're calling for the vote. We want to see people stand up and say what their opinion is about Saddam Hussein and the utility of the United Nations Security Council. And so, you bet. It's time for people to show their cards, to let the world know where they stand when it comes to Saddam.

Mark Knoller.

Q Mr. President, are you worried that the United States might be viewed as defiant of the United Nations if you went ahead with military action without specific and explicit authorization from the UN?

THE PRESIDENT: No, I'm not worried about that. As a matter of fact, it's hard to say the United States is defiant about the United Nations, when I was the person that took the issue to the United Nations, September the 12th, 2002. We've been working with the United Nations. We've been working through the United Nations.

Subsequent US Presidents haven't been even that respectful of the UN's authority; and current US President Donald Trump is blatantly dismissive of it, so that he's not even requesting UN authorization for his invasions.

Thus, the lesson that the US Government learned from the Iraq invasion isn't that the US Government should never again lie about what the evidence actually shows, in order to invade a country, but instead that the US Government should simply ignore the UN whenever the evidence doesn't persuade other Governments that an invasion would be authentically defensive instead of purely an act of international aggression.

What might turn out to have been "The Most Important UN Security Council Vote Ever" was the 10 April 2018 UN Security Council's failure to require the US and its allies to provide evidence to prove that Syria's Government had gassed its own people in Douma on April 7th as the US and its allies alleged, before the US and its allies could, with even just possible legal justification, launch massive bombing of Syria as supposed punishment for the gas-attack that they were alleging. The question of whether or not the UN would authorize the American invasion wasn't even being raised; the question was only whether the alleged gas-attack needed to be independently verified before an invasion might possibly legally be launched — and no proposal was passed. Unlike in the 2003 invasion of Iraq, the US never tried to win UN authorization to invade Syria in 2018, but simply invaded, casually ignoring all laws, and even denying the need for evidence to back up its allegations against Syria.

A UN like this is, might as well be no UN at all, just a talking-forum — and that's what now exists: it's a forum merely for the constituent Governments to present their respective propagandas to the world, but no longer actually to negotiate anything, since the UN has no military, and now the US Government has become effectively whatever the US military (including its armaments corporations such as General Dynamics) want it to be — and, "To hell with the UN!" The way now to buy the US Government has become to buy those corporations' weapons, and then the US Government will ally itself with that country. This is purely transactional, in the interests of America's armaments-firms, not in the interests of the invading public, and certainly destructive of the interests of the invaded public, no matter how profitable it may be for the owners of those armaments-firms. (One can talk instead about "Wall Street," but they're mainly the sellers of stock in America's armaments-firms and associated products and services; so, they are middle-men who represent the in-

terests of the aristocracy, not really themselves necessarily principals — people who are within the aristocracy.)

President Trump came into office promising a rebirth of American manufacturing, but, so far, the vast majority of his boost to US manufacturing has been only to the US weapons-manufacturers — actually by far the largest international arms-sale in world history. On 21 May 2017, I headlined it "US \$350 Billion Arms-Sale to Sauds Cements US-Jihadist Alliance" and reported that the day before, "US President Donald Trump and the Saud family inked an all-time record-high \$350 billion ten-year arms-deal that not only will cement-in the Saud family's position as the world's largest foreign purchasers of US-produced weaponry, but will make the Saud family, and America's ruling families, become, in effect, one aristocracy over both nations, because neither side will be able to violate the will of the other. As the years roll on, their mutual dependency will deepen, each and every year." That, sadly, has turned out to be true — and not only regarding America's carrying the Sauds' water (doing their bidding) in both Yemen and Syria, but in other ways as well.

On 21 March 2018, CNBC bannered "Trump wants Saudi Arabia to buy more American-made weapons. Here are the ones the Saudis want", and reported what Trump had just negotiated with Saudi Arabia's Crown Prince Mohammed bin Salman al-Saud, which was a step-up in that \$350 billion sale, to \$400 billion. CNBC associated the Sauds' arms-purchases with 'investments' in the US, so as to mislead their audience to think favorably of these sales, but if these sales were actually investments in anything, it was in the ability of the Saud family to join even more fully with America's aristocracy so as for them jointly to impose their will upon any country where they both want "regime-change" — control by themselves, instead of by that invaded country's local aristocracy. (Then, the US Government issues economic sanctions against Russia for 'interfering in our democracy'. But the Sauds, and their allies, Israel's aristocracy, actually do precisely that, routinely, and very effectively!) So: CNBC said: "During the Oval Office talks, Trump touted a creation of 40,000 American jobs due to Saudi military sales. The president used several maps and charts of Saudi acquisitions to further make his point. The crown prince, likewise, added that last year's Saudi pledge of \$200 billion in investments will rise to approximately \$400 billion and that a 10-year window to implement the deal was already under way." That was a misleading statement about the amounts, too. Here is how Indian Express had headlined and reported on 18 May 2017: "Saudi Arabia to invest \$200 billion in US, purchase arms worth \$300 billion": "As President Donald Trump prepares for his first overseas trip, Saudi Arabia has announced to make a whopping USD 200 billion investment in the US and intends to purchase arms worth USD 300 billion from America, a senior administration official has said." There, too, the Saudi masters got their propagandists to refer to "investments" in relation to "purchase arms worth \$300 billion," which turned out, just two days later, on 20 May 2017, to be actually \$350 billion — and which amount of arms-purchases now has risen instead to \$400 billion, which will be paid, as listed in that CNBC news-report to: Lockheed Martin, Boeing, General Dynamics, Honeywell, and Raytheon. When Trump campaigned for the Presidency, he had promised to be anything but a sales-person for America's war-machine. But, he is so, and this is fascism: socialism for the rich, and 'survival of the fittest' for everyone else. Trump certainly isn't a sales-person for the poor, anywhere. He's what his fellow-fascists call a 'populist', in order to insult the public that they must appeal to for votes.

American 'productivity' thus will increase in the production of death and destruction; but, as economists view things, that is "productivity" and added "Gross National Product," regardless of how much it actually immiserates the world (and, so, economic theory is part of the fraud that enables all of this, essentially, corruption). Thus, economic theory is as fraudulent as is the international 'news' that the propaganda-agencies spread to the public. It's all

a “pile of bull,” but lots of consumers are buying it, because it’s all that they know and it satisfies them — they’re not even looking for more than the myths.

Previously, the “Biggest Arms Deal in History” was between UK’s aristocracy and the Saudis, the Al-Yamamah deal, which boosted UK’s biggest weapons-maker, BAE, and in which the massive corruption became the subject of scandals and a Governmental inquiry, which Saudi Prince Bandar bin Sultan al-Saud forced UK Prime Minister Tony Blair to close with no report being issued. And both the UK and US claim to be ‘democracies’ — and both Governments accuse Russia of ‘interfering’ in their ‘democracy’!

If the reader wants to know why a web-search for the title of this article “How US Has Virtually Destroyed UN” probably turns up no mainstream ‘news’media in the US-allied world, and even very few “alternative news” sites, then the reason isn’t that they weren’t offered the article, because they all routinely receive the submission of each of my articles but routinely turn them down. The reason is instead that the most important truths are prohibited from publication in the US-allied world — it’s a world dominated by lies. After all: we invaded and destroyed Iraq for no real defensive reason, and our Government has never apologized for that, much less been held accountable, at all, for it. And now, because of the US Government, the UN isn’t even really a debating-forum, any more. It’s just a propaganda-forum, now.

www.luftpост-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern